

# Inhalt

<b>Das neue Bonner Profil</b>	<b>2</b>
<b>Ruhrgebiet soll in die erste Liga</b>	<b>3</b>
<i>Neue gesetzliche Grundlagen für den RVR</i>	
<b>„Dies ist ein starkes und stolzes Land“</b>	<b>4/5</b>
<i>In dritter Lesung verabschiedet: Doppelhaushalt für 2004 und 2005</i>	
<b>Drei Fraktionen stimmen neuen Wahlkreisen zu</b>	<b>6</b>
Rechtsklarheit bei Rettungstaten	6
<b>Masterplan für den Mittelstand</b>	<b>7</b>
<i>Kontroverse über Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen</i>	
<b>„Kürzere Schulzeit nicht mit der Brechstange“</b>	<b>8</b>
<i>Abgeordnete diskutieren über das Abitur nach zwölf Jahren</i>	
<b>Meckenheim: Hilft ein Machtwort des Ministerpräsidenten?</b>	<b>9</b>
<i>Alle Fraktionen gegen Otto Schilys einsame Entscheidung</i>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>
<i>Ist Nordrhein-Westfalen vor Terrorattacken ausreichend geschützt?</i>	
<b>Weichenstellung für die Zukunft</b>	<b>11</b>
<i>Vor zehn Jahren: Staatsvertrag zum „Bonn-Ausgleich“</i>	
<b>Bonn – blühende Region mit attraktiven Arbeitsplätzen</b>	<b>12/13</b>
<i>Sprecherinnen und Sprecher des Hauptausschusses ziehen Bilanz</i>	
<b>Geplanter Kohleabbau löst Ängste vor Deichbrüchen aus</b>	<b>14</b>
<b>Fast erfüllt – der Traum vom Filmland NRW</b>	<b>15</b>
<b>Strategie gegen soziale Ungleichheiten</b>	<b>16</b>
<i>„Gender Mainstreaming ist kein Sahnehäubchen“</i>	
Schutz vor psychisch kranken Tätern	16
<b>EU will neue Qualität in der Chemikalienpolitik</b>	<b>17</b>
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Migration: Anerkennung soll Integration erleichtern</b>	<b>19</b>
<b>Vor Ort wächst das Problembewusstsein</b>	<b>20</b>
<i>Kommunale Projekte zur Frauengesundheit vorgestellt</i>	
<b>Jahrzehntelang für das Staatsbad gewirkt</b>	<b>21</b>
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Ursula Doppmeier (CDU)</b>	<b>23</b>
Buchbesprechung: „Verwaltung in NRW“	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

# Das neue Bonner Profil

**B**onn boomt. Vor Jahren wurde Bonn noch als „Bundesdorf am Rhein“ belächelt. Heute hat Bonn ein neues eigenständiges Profil: Als Hauptsitz von Weltunternehmen in den Zukunftsbranchen Telekommunikation und Logistik, als Zentrum einer bedeutenden Wissenschaftsregion und als UNO-Stadt mit vielen UN-Organisationen, Heimat internationaler Schulen und Sitz von Bundesbehörden. Große Firmen wie die Telekom haben dort ihren Hauptsitz, die Deutsche Post AG hat ihren Tower errichtet.

Die Kaufkraft in Bonn ist nach dem Wegzug von Bundestag, Regierung und Bundesrat gestiegen, die Einwohnerzahl auch. Die Immobilienpreise sind nicht gefallen, Bonn hat eine beneidenswert geringe Arbeitslosenquote. Neue Firmen haben sich angesiedelt, neue Arbeitsplätze sind entstanden. Im alten Regierungsviertel arbeiten heute mehr Menschen als einst. Bonns Wohn- und Freizeitwert ist ein wesentlicher Standortfaktor geworden.

## AUSGLEICH

Etwa 1,4 Milliarden Euro erhält Bonn bis 2004 als Ausgleich für den Berlin-Umzug. Mitgeholfen haben dabei vor allem das Bonn-Berlin-Gesetz, das jetzt zehn Jahre alt wird, und die damit verbundenen Ausgleichsvereinbarungen. Der Deutsche Bundestag hatte am 20. Juni 1991 beschlossen, den Sitz von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin zu verlagern. Der Landtag NRW sprach sich vor einiger Zeit in einem Antrag dafür aus, „dass die negativen Auswirkungen dieser politischen Standortentscheidung auf alle Lebensbereiche in der Stadt Bonn und in der Region Köln, Bonn und Nachbarn auszugleichen“ sei. Der Landtag NRW erwartet, dass der Bundestag diesem selbstverständlichen Anspruch nachkommt und die Bundesregierung darauf verpflichtet. Der rechtliche Rahmen dafür ist das Bonn-Berlin-Gesetz.

Die Aufteilung der Bundesregierung auf zwei Standorte hat sich eingespielt und funktioniert. Vor allem die Landespolitiker aus Nordrhein-Westfalen halten an dem Bonn-Berlin-Vertrag fest. Verlässlichkeit und Sicherheit, dass alle gegebenen Zusagen vom Bund für Bonn eingehalten werden, sind jetzt nötiger denn je. Das macht auch die Diskussion um die geplante Verlegung des BKA-Standortes in Meckenheim nach Berlin deutlich. Der Landtag hat sich für den Verbleib des Bundeskriminalamtes in Meckenheim ausgesprochen. Die derzeitige Umzugsdebatte schadet dem Geist des Bonn-Berlin-Gesetzes. **SH**